

16.05.2025

SPD und CDU finden Oppositions-Anfragen lästig

Die Kontrolle der Regierung durch die Opposition ist eine zentrale Säule der Demokratie. Kleine Anfragen sind ein wichtiges und wirksames Werkzeug dafür, denn die Regierung ist verpflichtet, sie zu beantworten. Das ist der SPDCDU-Regierung im Landkreis mittlerweile lästig geworden, und so versuchen sie, die Wirksamkeit dieses Instruments mit verschiedenen Maßnahmen abzuschwächen.

Dies begann damit, dass die vom Landrat mit manchmal schwer verständlicher Aussprache abgelesenen Antworten während der Sitzung nicht mehr allen Kreistagsabgeordneten schriftlich vorgelegt wurden. Wenn man den Antworten so schlechter folgen kann, wird es logischerweise schwieriger, das Recht auf Nachfragen sinnvoll zu nutzen. Wir berichteten dazu bereits im Februar: <https://buengerliste-weiterdenken.de/2025/02/07/papiersparen-vs-demokratie/>

Fragesteller fügen ihren Anfragen häufig Vorbemerkungen oder Hintergrundinformationen bei. Diese dienen dazu, die Frage zu präzisieren, damit sie nicht missverstanden wird. Auch das findet die SPDCDU-Regierung lästig, denn das erschwert es, an der Frage vorbei zu antworten und die Fragesteller faktisch mit einer Nicht-Antwort abzuspeisen.

Da gerade auch von Einzelabgeordneten häufig kleine Anfragen mit Vorbemerkungen gestellt wurden, hat die SPDCDU-Regierung den Weg gewählt, über das Thema im Ältestenrat zu beraten – weil dort die Einzelabgeordneten ausgeschlossen und die Beratungen geheim sind. Der Kreistagsvorsitzende reagiert allerdings sehr gereizt, wenn diese geheimen Treffen dann als „Geheimtreffen“ bezeichnet werden, wie in der letzten Kreistagssitzung zu erleben war.

Das Ergebnis der Geheimtreffen des Ältestenrates ist nun, dass Ruffert verlauten ließ, der Ältestenrat habe die Länge der Vorbemerkungen auf maximal acht Zeilen festgelegt. Anfragen mit längeren Vorbemerkungen sollen zurückgewiesen werden. Auch die Frage um das Verteilen der schriftlichen Antworten vor der Sitzung wurde vom Geheimtreffen final beraten. Es soll dabei bleiben, dass die Kreistagsmitglieder (abgesehen vom Fragesteller und dem Landrat) die Antworten während der Sitzung nicht schriftlich vorliegen haben. Detlef Ruffert ist der Auffassung, dass dies „die Lebendigkeit der Fragestunde erhöht“. Damit meint er vermutlich, dass es mehr Nachfragen zum rein akustischen Verständnis der Antworten und damit weniger inhaltliche Nachfragen gibt.

Das Fragerecht der Opposition als potentiell scharfes Schwert im demokratischen Diskurs wird damit ein bisschen abgestumpft. Wenn man ständig betont, man wolle die Demokratie verteidigen, so ist dies ein Schritt in die falsche Richtung.